

INFOBRIEF 11 | NOVEMBER 2017

Grüne Nidwalden informieren regelmässig über ihre Politik.

KANTONALE ABSTIMMUNG

SONNTAG, 26. NOVEMBER

WAHLAUFTAKT MIT APÉRO

FR 5. JANUAR 2018, 19:00 UHR

GRÜNE STANS: SITZUNG

MO 8. JANUAR 2018, 19:30 UHR



ABSTIMMUNG AM 26. NOVEMBER 2017

DEIN NEIN IST DAS NACHHALTIGE JA ZUM FLUGPLATZ!

Die neue Sparpolitik: 10 Millionen zum Fenster raus fliegen lassen.

Resultat: Nidwalden fehlen Millionen für wichtige Aufgaben.

- Beteiligt sich der Kanton Nidwalden mit 10 Millionen am Flughafen, fehlen diese Millionen für seine Kernaufgaben:
- Bildung, Erholungsraum, Landwirtschaft, Kultur, Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen, Gesundheit, Alterspflege, Sport, Radwege, ÖV, Nachtbus, Jugendkultur und vieles mehr!
- Die Nidwaldner Bevölkerung hat dazu nichts mehr zu sagen!
- Kantonale Abstimmung am 26. November:

NEIN zur Nachlässigkeit bei öffentlichen Aufgaben.



Nidwalden soll zum Parkplatz für Flugzeuge werden.

Und bezahlt dafür einen hohen Preis.

- Damit der Flughafen rentiert, braucht es möglichst viele Flugbewegungen. Deshalb das neue Geschäftsmodell des Kantons, «Hangaring»:
 - Nidwalden bietet sich als Parkplatz für Flugzeuge an. Mit der Konsequenz, dass die Flugbewegungen von 11'200 auf 20'000 pro Jahr hochgefahren werden müssen, vermehrt auch zu empfindlichen Tages- und Nachtzeiten und an den Wochenenden.
 - Die Nidwaldner Bevölkerung hat dazu nichts mehr zu sagen!
 - Kantonale Abstimmung am 26. November:
- NEIN** zu über 70% mehr Lärm und Umweltbelastung.



Regierungshut oder Pilotenkappe?

- Als Teilhaber will der Regierungsrat im Verwaltungsrat der Flughafenbetreiberin mitreden.
- Wenn es um Fragen rund um den Flughafen geht, ist er gleichzeitig Bewilligungsbehörde und Beschwerdeinstanz:
- Wie wird er sich bei Einsprachen verhalten, die sich gegen «seinen» Flughafen richten?
- Die Nidwaldner Bevölkerung hat dazu nichts mehr zu sagen!
- Kantonale Abstimmung am 26. November:

NEIN zum Rollenkonflikt.



Über den Wolken herrscht Marktfreiheit.

Auf dem Flughafen gilt Staatsgarantie.

- Beteiligt sich der Kanton Nidwalden mit 10 Millionen am Flughafenbetrieb, muss er auf unbegrenzte Zeit Staatsgarantie leisten.
 - Zukünftige Investitionen und die Hälfte des jährlichen Betriebsdefizits müssen mit Steuergeldern bezahlt werden.
 - Die Nidwaldner Bevölkerung hat dazu nichts mehr zu sagen!
 - Kantonale Abstimmung am 26. November:
- NEIN** zur Staatsgarantie beim Flughafen.



KANTONALE ABSTIMMUNG AM 26. NOVEMBER

GRÜNE NIDWALDEN SAGEN NEIN ZUM 10-MILLIONEN-BLINDFLUG



Die Grünen sagen NEIN zur Aktienkapitalerhöhung von 10 Millionen Franken, inklusive einer jährlich wiederkehrenden Defizitgarantie an die ABAG. Der Betrieb eines zivilen Flugfeldes ist nicht Aufgabe des Kantons. Das ist Aufgabe der Marktwirtschaft und muss privatwirtschaftlich finanziert werden. Mit Ihrem NEIN verhindern Sie, dass sich ein privates Unternehmen aus der Staatskasse bedienen kann, jetzt und auch in der Zukunft.

Dein NEIN ist das nachhaltige Ja zum Flugplatz!

URTEIL DES VERFASSUNGSGERICHTES

GRÜNE BEFÜRCHTEN UNTERSCHIEDLICH LANGE SPIESSE



Im Urteil des Nidwaldner Verfassungsgerichtes vom 13. November 2017 wird der Regierungsrat gerügt, dass er mit seiner Abstimmungsbotschaft die durch die Bundesverfassung geschützte Abstimmungsfreiheit der Nidwaldner StimmbürgerInnen verletzt. Mit dem Fazit des Verwaltungsgerichtes sind wir nicht einverstanden, nämlich dass die Gegner mit selbst bezahlten Inseraten genügend Möglichkeiten hätten, ihre Argumente zu veröffentlichen. | [MEDIENMITTEILUNG](#)

NICHT WEGWERFEN - WIEDERVERWERTEN

BÜCHER-, SCHALLPLATTEN- UND CD-FLOHMARKT



Eine gute Gelegenheit in deinen Regalen aufzuräumen und Platz zu schaffen. Am Samstag, 17. Februar 2018 verkaufen wir alte Bücher, Schallplatten und CD's. Der Erlös geht in die Wahlkasse der Grünen.

Bücher-, Schallplatten- und CD-Markt: Dorfplatz in Stans

Ab 09:00 Uhr Annahme der Bücher, Schallplatten und CD's.

Ab 09.30 Uhr bis 13.00 Uhr findet der Verkauf statt.

Bitte sammle deine Medien und bring sie am Markttag (17.2.2018) nach Stans an den Stand.

Auskunft erteilt Verena Zemp | [E-MAIL](#)

STILLEGUNGS- UND ENTSORGUNGSKOSTEN SICHERSTELLEN!

SOFORT PETITION ONLINE UNTERSCHREIBEN



Bund und Steuerzahlende laufen grosse Gefahr, dereinst hohe Kosten für die Stilllegung und vor allem für die Entsorgung der Schweizer AKW übernehmen zu müssen. Die SES fordert deshalb vom UVEK, die Beitragshöhe in die Stilllegungs- und Entsorgungsfonds nach oben zu korrigieren. Unterstütze die Forderung mit dieser Petition.

Bitte Petition sofort | [UNTERSCHREIBEN](#)